



Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

22/2013 31.05.2013

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Neu mit **Verwaltungsgerichtsbarkeit erster Instanz:**

Andreas Hauer

Gerichtsbarkeit des öffentlichen Rechts

Das in zweiter Auflage erschienene Buch „Gerichtsbarkeit des öffentlichen Recht“ stellt die neue Verwaltungsgerichtsbarkeit erster Instanz (u.a. Landesverwaltungsgerichte), den Verwaltungsgerichtshof (im Besonderen auch das neue Revisionsmodell) sowie die Verfassungsgerichtsbarkeit auf Basis der ab 1. Jänner 2014 wirksam werdenden Rechtslage zum Stand der Rechtsentwicklung vom 1. März 2013 dar.

2. Auflage 2013, 340 Seiten, broschiert, ISBN 978-3-902883-01-8 // 25,00 Euro

Versandkostenfreie Bestellung über office@pedell.at oder www.pedell.at.

I. Bundesgesetzblatt

BGBI I 85/2013

Bundesgesetz, mit dem die **Gewerbeordnung 1994** geändert wird (Bescheidenanpassung für Betriebsinhaber; Anpassungen des Betriebsübernahmeverfahrens; Genehmigungsfreiheit bestimmter Anlagenänderungen von vorübergehender Dauer; Bereinigung der Behördenzuständigkeit bei grenzüberschreitenden Betriebsanlagen; Anpassung der Haftpflichtversicherung für Immobilienreuhänder; Anpassungen an die Verwaltungsgerichtsbarkeits-Novelle 2012)

BGBI I 86/2013

Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, das Bauern-Sozialversicherungsgesetz, das Allgemeine Pensionsgesetz, das Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, das Notarversicherungsgesetz 1972, das Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz, das Pensionsgesetz 1965, das Bundestheaterpensionsgesetz und das Bundesbahn-Pensionsgesetz geändert werden (**Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 2013 – SVÄG 2013**)

[BGBl II 136/2013 \(Anlage\)](#)

Kundmachung des Bundesministers für Wirtschaft, Familie und Jugend mit der das **Verzeichnis der harmonisierten Europäischen Normen für Maschinen und für Sicherheitsbauteile für Maschinen** aktualisiert wird

[BGBl II 137/2013 \(Anlage\)](#)

Kundmachung des Bundesministers für Wirtschaft, Familie und Jugend, mit der das **Verzeichnis der Benannten Stellen für Maschinen und für Sicherheitsbauteile für Maschinen der MSV 2010** aktualisiert wird

[BGBl II 148/2013 \(Anlage\)](#)

Verordnung des Präsidenten des Rechnungshofes über die Rechnungslegung des Bundes (**Rechnungslegungsverordnung 2013 – RLV 2013**)

[BGBl III 146/2013 \(Anlage\)](#)

Protokoll zur **Beendigung des Konsularvertrags** zwischen der **Republik Österreich** und der **Sozialistischen Republik Rumänien**

II. Amtsblatt der EU

[ABI L 140 v 27.05.2013, 1](#)

Verordnung (EG) Nr 472/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2013 über den **Ausbau der wirtschafts- und haushaltspolitischen Überwachung** von Mitgliedstaaten im Euro-Währungsgebiet, die von **gravierenden Schwierigkeiten in Bezug auf ihre finanzielle Stabilität** betroffen oder bedroht sind

[ABI L 140 v 27.05.2013, 11](#)

Verordnung (EU) Nr 473/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2013 über gemeinsame Bestimmungen für die **Überwachung und Bewertung der Übersichten über die Haushaltsplanung** und für die **Gewährleistung der Korrektur übermäßiger Defizite** der Mitgliedstaaten im **Euro-Währungsgebiet**

III. Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts

A. Verfassungsgerichtshof

Keine Erkenntnisse im Berichtszeitraum.

B. Verwaltungsgerichtshof

24.04.2013, [2011/17/0156](#)

DatenschutzG; Administrativbeschwerde des Bf wegen **Verletzung im Recht auf Auskunft**; keine Einführung einer Stelle, die die ihr zugewiesenen Aufgaben „in völliger Unabhängigkeit“ wahrzunehmen hat; die belangte Behörde, die im Entscheidungszeitpunkt den Vorgaben der RL 95/46/EG nicht entsprochen hat, ist als unzuständig anzusehen

24.04.2013, [2011/17/0293](#)

SicherheitspolizeiG; Ermittlung des Endgeräts, über welches die Anbahnung eines Missbrauchs von Unmündigen in einem Chatroom erfolgte; Sicherheitsbehörden sind seit 2008 ermächtigt, nicht nur von Betreibern öffentlicher Telekommunikationsdienste sondern auch von sonstigen Diensteanbietern die in § 53 Abs 3a SicherheitspolizeiG näher umschriebenen Auskünfte zu verlangen

25.04.2013, [2012/10/0129](#)

Lebensmittelsicherheits- und VerbraucherschutzG; irreführende Aufmachung von Olivenölfaschen; es kann nicht beurteilt werden, ob die Bf durch die Zustellung der Strafverfügungen rechtzeitig von dem **Analyseergebnis**, in Kenntnis gesetzt wurden; war dies der Fall, hat die belangte Behörde, indem sie **keine Gegenanalysen** eingeholt hat, den angefochtenen Bescheid mit Rechtswidrigkeit belastet

26.04.2013, [2012/07/0006](#)

WasserrechtsG; wasserrechtliche Bewilligung der Neutrassierung einer Transportwasserleitung; **Duldungspflicht** der Bf aufgrund der Erforderlichkeit der projektierten Leitungsführung, des Vorliegens eines öffentlichen Interesses, der Geringfügigkeit der Nachteile für die Bf und des Umstandes, dass es sich dabei um das gelindeste Mittel handelt, gegeben; **Ausmaß einer eingeräumten Dienstbarkeit** im Spruch des die Zwangsrechtseinräumung verfügenden Bescheides muss unzweifelhaft festgelegt werden

26.04.2013, [2013/07/0045](#)

AVG; bei der **Versäumung einer Frist** ist ein Verschulden des Parteienvertreters einem Verschulden der Partei selbst gleichzusetzen; ein Verschulden trifft den Rechtsanwalt dann nicht, wenn dargetan wird, dass die Fristversäumung auf einem ausgesprochen weisungswidrigen Verhalten des entsprechenden Kanzleiangestellten beruht

30.04.2013, [2011/05/0133](#)

BauO für Wien; für die Parteistellung eines Nachbarn kommt es lediglich auf die **Möglichkeit einer Rechtsverletzung** an; es liegt keine bewilligungsfreie Stützmauer vor und es wird nicht in Abrede gestellt, dass die Bauführung in einer gärtnerisch auszugestaltenden Fläche stattfindet, somit ist die Parteistellung zu bejahen

30.04.2013, [2012/05/0102](#)

ZustellG; vor der **Zurückweisung eines Rechtsmittels als verspätet** hat die Behörde entweder von Amts wegen zu prüfen, ob ein **Zustellmangel** unterlaufen ist, oder dem Rechtsmittelwerber die Verspätung seines Rechtsmittels vorzuhalten; unterlässt die Behörde dies, kann der Zustellmangel ohne Verstoß gegen das Neuerungsverbot in einer Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof geltend gemacht werden

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

B. Schlussanträge

[29.05.2013, Rs C-140/12, Brey \(GA Wahl\)](#)

Unionsbürgerschaft – Freizügigkeit – Art 7 Abs 1 Buchst b der Richtlinie 2004/38/EG – **Recht auf Aufenthalt** im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats für einen **Zeitraum von über drei Monaten** – Personen, die **aus dem Erwerbs-**

leben ausgeschieden sind – Bedingungen für den Aufenthalt – Antrag auf Gewährung einer besonderen **beitragsunabhängigen Geldleistung** (Ausgleichszulage) – **Begriff der Sozialhilfeleistung**

[29.05.2013, Rs C-133/12 P, Stichting Woonlinie ua / Kommission \(GA Wathelet\)](#)

Rechtsmittel – **Regelung von Beihilfen**, die das Königreich der Niederlande **gemeinnützigen Wohnungsunternehmen** gewähren – Entscheidung, mit der die Verpflichtungen, die von den niederländischen Behörden für die **Anpassung an das Unionsrecht** eingegangen wurden, für verbindlich erklärt werden – Entscheidung, mit der die Regelung für **mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar** erklärt wird – Art 263 Abs 4 AEUV – **Begriff des Rechtsakts mit Verordnungscharakter**, der eine natürliche oder juristische Person unmittelbar betrifft und keine Durchführungsmaßnahmen nach sich zieht

[29.05.2013, Rs C-132/12 P, Stichting Woonpunt ua / Kommission \(GA Wathelet\)](#)

Rechtsmittel – **Beihilfesystem** des Königreichs der Niederlande für **soziale Wohnungsbaugesellschaften** – Beschluss, mit dem die **Zusagen, die die niederländischen Behörden gegeben haben, um dem Unionsrecht nachzukommen**, für verbindlich erklärt werden – Geplante Beihilfe der niederländischen Behörden für ein **Sonderprojekt für verfallende Stadtviertel** – Beschluss, mit dem das System für **mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar** erklärt wird – Art 263 Abs 4 AEUV – **Begriff des Rechtsakts mit Verordnungscharakter**, der eine natürliche oder juristische Person unmittelbar betrifft und keine Durchführungsmaßnahmen nach sich zieht

[29.05.2013, Rs C-101/12, Schaible \(GA Wahl\)](#)

Landwirtschaft – Verordnung (EG) Nr 21/2004 – **Kennzeichnung und Registrierung von Schafen und Ziegen** – Art 16 der **Charta der Grundrechte** der Europäischen Union – Art 20 der Charta – **Verhältnismäßigkeit** – Gleichheit

[29.05.2013, Rs C-95/12, Kommission / Deutschland \(GA Wahl\)](#)

Klage gemäß Art 260 Abs 2 AEUV – Urteil des Gerichtshofs, in dem eine **Vertragsverletzung** festgestellt wird – Sinn und **Tragweite des Urteils** – Finanzielle Sanktionen – **Zwangsgeld** – **Pauschalbetrag** – **Behauptete Mehrdeutigkeit des Urteils** – Zeitraum zwischen dem Ende des vorgerichtlichen Verfahrens und der Anrufung des Gerichtshofs – **Antrag auf Auslegung**

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerbe-recht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Univ.-Ass. Mag. Julia Eder, Univ.-Ass. Mag. Fabian Hanz, Univ.-Ass. Mag. Lea Leingartner, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Wiss.-Mit. Sebastian Mauernböck.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.